



Jahresbericht 2014 zur Umsetzung der Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung 2012 – 2015

Der vorliegende Jahresbericht schliesst an die vorangegangenen Jahresberichten zum Engagement des Bundes in der humanitären Minenräumung an und stellt eine Aktualisierung hinsichtlich der Aktivitäten 2014 dar.

Die Strategie des Bundes 2012 – 2015¹ in der Humanitären Minenräumung setzt sich zum Ziel, einen konkreten Beitrag für eine Welt frei von Personenminen, Streumunition und anderen explosiven Kriegsmunitionsrückständen zu leisten.

Das Engagement der Schweiz stützt sich auf verschiedene völkerrechtliche Instrumente, so etwa auf das Übereinkommen über das Verbot von Personenminen („Ottawa-Konvention“ mit total 162 Vertragsstaaten²), das Übereinkommen über Streumunition (mit total 89 Vertragsstaaten³) sowie die UNO-Konvention über bestimmte konventionelle Waffen.

Die politischen und operationellen Bemühungen der Schweiz erfolgen durch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), in enger Abstimmung mit anderen Regierungen, internationalen Organisationen, dem IKRK und der Zivilgesellschaft.

1. Überblick

Dank den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft nimmt die Zahl der neuen Opfer von Personenminen, Streumunition und anderen Kriegsmunitionsrückständen weltweit stetig ab. Trotzdem gilt es zum einen, den Überlebenden die entsprechende medizinische Hilfe zukommen zu lassen und zum anderen, die betroffene Bevölkerung im Hinblick auf die sozio-ökonomische Entwicklung zu unterstützen. Dies vor dem Hintergrund, dass belastete Flächen oft jahrelang nicht genutzt werden können und so die Lebensgrundlage stark eingeschränkt ist.

Auch im Berichtsjahr 2014 hat der Bund weiterhin Programme unterstützt, im Rahmen derer gefährliche Flächen geräumt wurden, damit diese wieder durch die Bevölkerung genutzt werden können.⁴ Ebenso wurden Projekte finanziert, welche die Bevölkerung über die Gefahren informieren und so neue Opfer verhindert.

Obwohl die Verwendung von Personenminen und Streumunition in den letzten Jahren von weiten Kreisen als nicht mehr akzeptabel erklärt wurde, ist die globale Anerkennung eines Verbots dieser Waffen noch nicht erreicht. Wichtige Länder stehen immer noch ausserhalb der entsprechenden internationalen Instrumente. In Konflikten wie zum Beispiel in Syrien oder jüngst auch in der Ukraine werden diese Waffen nach wie vor von verschiedenen Parteien eingesetzt.

Insgesamt hat die Eidgenossenschaft im vergangenen Jahr 19.1 Millionen Schweizer Franken im Rahmen der Umsetzung der Strategie des Bundes in der humanitären

¹ Siehe auch: [Minenstrategie 2012-2015](#)

² Stand 1. Februar 2015

³ Stand 1. Februar 2015

⁴ Konkrete Zahlen zur Lage in einzelnen Ländern und zu den Engagements weltweit: www.the-monitor.org/

Minenräumung eingesetzt. Davon ging rund die Hälfte des Betrages (8.71 Millionen Schweizer Franken) erneut an das Genfer Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD).

2. Ziele und Umsetzung der Minenstrategie des Bundes

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Umsetzung der relevanten internationalen Übereinkommen in diesem Bereich. Sie tut dies im Sinne ihrer humanitären Tradition und zur Stärkung ihres Profils im Einsatz für die menschliche Sicherheit, die Humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile wie militärische Friedensförderung. Die Schweiz hat als Gaststaat zudem ein Interesse, Genf als Plattform wichtiger Institutionen im Abrüstungsbereich positionieren zu können. Durch weltweit anerkannte Institutionen wie dem GICHD und aufgrund der Tatsache, dass die Sekretariate der entsprechenden Konventionen in Genf angesiedelt sind, soll der Stellenwert von Genf als Kompetenzzentrum für konventionelle Abrüstung gehalten und, wo möglich, ausgebaut werden.

Um möglichst effizient und wirkungsvoll zur Umsetzung der Vision einer Welt ohne neue Opfer von Personenminen, Streumunition und explosiven Kriegsmunitionsrückständen beizutragen, hat sich die Schweiz für die Jahre 2012-2015 **vier strategische Ziele** gesetzt. Diese werden in enger Koordination zwischen EDA und VBS umgesetzt.

2.1. Die Schweiz trägt proaktiv zur Stärkung, Umsetzung und Universalisierung der relevanten internationalen Instrumente bei; dies betrifft insbesondere die Ottawa-Konvention, aber auch die Konvention über das Verbot bestimmter konventioneller Waffen (CCW) und das Übereinkommen über Streumunition.

Die Schweiz hat sich auch im Jahre 2014 auf technischer wie auf politischer Ebene konkret für das Verbot der Personenminen und von Streumunition eingesetzt. Ein zentrales Anliegen stellt dabei die Stärkung des institutionellen Rahmens und der völkerrechtlichen Grundlagen dar, welche die Schweiz ratifiziert hat. Konkret unterstützt die Schweiz dabei den jeweiligen Vorsitz der Verhandlungen, unterstützt die Arbeiten des GICHD mit Blick auf thematische Aufarbeitungen, oder fördert die Leistungen der Sekretariate der jeweiligen Übereinkommen zugunsten einer international breit abgestützten Verhandlungsführung. Insgesamt hat die Schweiz – neben dem Beitrag an das GICHD und rund 0.53 Million Schweizer Franken an das Sekretariat der Ottawa-Konvention – zirka 800'000 Schweizer Franken für die Politikarbeit, die Unterstützung der Vertragsstaatentreffen und von weltweiten Projekten zur Unterstützung der Konventionen ausgegeben.

So hat die Schweiz insbesondere im Rahmen des Personenminenübereinkommens anlässlich der Überprüfungskonferenz im Juni 2014 in Mosambik wegweisende Entscheide für die kommenden fünf Jahre mitgestaltet. Dabei setzte sich die Schweiz unter anderem für die weitere Universalisierung des Übereinkommens und die Beachtung der Vertragsverpflichtungen ein. Gleichzeitig mahnte die Schweiz jedoch, die internationalen Anstrengungen nicht zu vernachlässigen, da nach wie vor zahlreiche komplexe Herausforderungen bestehen. Denn einmal mehr hat sich gezeigt, dass die Minenproblematik die Staatengemeinschaft noch viele Jahre beschäftigen wird. Dies insbesondere vor dem Hintergrund vermuteter Vertragsverletzungen durch gewisse Staaten sowie der Tatsache, dass die Räumung in vielen Ländern nur schleppend vor sich geht.

Im Rahmen des Streumunitionsübereinkommens setzte die Schweiz 2014 zusammen mit Laos sowie Bosnien-Herzegowina ihre Arbeiten im Rahmen der Arbeitsgruppe für Räumung und Risikominderung fort, wobei in Zusammenarbeit mit Experten insbesondere die Bedeutung technisch einwandfreier und umfassender Untersuchungen und Datenerfassungen hervorgehoben werden konnte. Damit begann die Schweiz bereits, aktiv die Vorbereitungen zur Überprüfungskonferenz des Streumunitionsübereinkommens im September 2015 in Kroatien mitzugestalten.

Auf nationaler Ebene schreitet die Vernichtung der eigenen Lagerbestände von Streumunition („Kanistergeschosse“) weiter voran; die Bestände sind innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraums von acht Jahren zu vernichten.

Diese politische Arbeit der Schweiz beinhaltet auch die Arbeit gegen den Einsatz von Personenminen durch bewaffnete nicht-staatliche Akteure. Im Einklang mit ihren humanitären Prinzipien hat die Schweiz weiterhin die NGO *Geneva Call* unterstützt, die die Normen der Ottawa-Konvention gegenüber nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen in verschiedenen Ländern (z.B. Syrien) fördert. Mittlerweile haben 48 nicht-staatliche Gruppen den sogenannten *Deed of Commitment*⁵ unterzeichnet und sich damit engagiert, keine Personenminen mehr einzusetzen und entsprechende verminten Gebiete zu räumen. So hat unter anderem im Juni 2014 eine syrische Gruppe (Hazzm-Movement) die Erklärung unterzeichnet.

Schliesslich ist die Eröffnung des *Maison de la Paix* am 3. Oktober 2014 in Genf auch für die institutionelle Verankerung der humanitären Minenräumung von zentraler Bedeutung. Im Rahmen dieser Stärkung des friedenspolitischen Engagements der Schweiz können auch das GICHD sowie das Sekretariat (Implementation Support Unit, ISU) zum Personenminenübereinkommen – und ab Sommer 2015 auch das Sekretariat des Streumunitionsübereinkommens - von der zusätzlichen Vernetzung mit den anderen beiden Genfer Zentren (Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik GCSP und Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte DCAF) sowie mit weiteren, im Bereich Frieden und Sicherheit aktiven Organisationen und Think Tanks profitieren.

2.2. Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Lebensumstände der von Minen, Streumunition und Kriegsmunitionsrückständen betroffenen Bevölkerung ein.

Im Berichtsjahr leisteten rund elf Armeeangehörige Beiträge in UNO-Minenräumprogrammen, was einem Aufwand von über 2.3 Millionen Schweizer Franken entspricht. Bei diesen Einsätzen stand der Aufbau einheimischer Kapazitäten vor Ort und die Ausbildung von Personal für die Räumarbeit im Vordergrund und umfasste auch den Aufbau von entsprechenden Management- und Führungsstrukturen.

Auch in diesem Berichtsjahr kamen in Programmen in der Demokratischen Republik Kongo, Somaliland und Puntland, Südsudan, der Westsahara und im Hauptquartier der UNO in New York teils Milizangehörige und teils militärisches Berufspersonal des Kompetenzzentrums Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung (Kompetenzzentrum KAMIR) der Schweizer Armee zum Einsatz. Dabei nahmen die Milizangehörigen Funktionen im Logistik- und Finanzbereich sowie in der Administration und im Informationsmanagement (IMSMA) wahr. Weiter wird eine zivile Expertin des EDA bei der UNO in Genf eingesetzt. Der Mix aus militärischem Grundwissen und Führungserfahrung sowie aus zivilen Fachkenntnissen kann in dieser Art von Einsätzen ideal eingesetzt werden.

Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) bietet die Schweizer Armee zusammen mit dem GICHD jährlich internationale Fortbildungskurse im Bereich Humanitäre Minenräumung an. Ziel ist u.a. die gemeinsame Aus- und Fortbildung der zivilen, militärischen und Experten der Zivilgesellschaft im Bereich der internationalen Standards der Humanitären Minenräumung. Im Berichtsjahr waren

⁵ www.genevacall.org

die beiden angebotenen Kurse ausgebucht, es nahmen insgesamt fast 50 Teilnehmer aus 29 Ländern und Organisationen teil.

Die Schweiz hat rund 7.21 Millionen Schweizer Franken in die Unterstützung konkreter Projekte in Schwerpunktländern und -regionen der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung investiert. Dies betraf insbesondere Angola, Kolumbien, Bosnien und Herzegowina, Burundi, Gaza, Kambodscha, Kosovo, Demokratische Volksrepublik Laos (Laos), Libyen, Mozambique, Myanmar, Philippinen, Somalia / Somaliland, Sri Lanka, Südsudan und Syrien.

Die Unterstützung der Schweiz reicht von punktuellen Beiträgen wie im Falle der Philippinen, wo ein Waffen- und Munitionsdepot durch den Taifun Haiyan weggeschwemmt wurde und die zurückkehrende Bevölkerung bedrohte, bis zu grossen langfristigen Engagements wie in Laos und Kambodscha, wo sich die DEZA in weltweit am stärksten von Streumunition und explosiven Kriegsmunitionsrückständen verseuchten Ländern engagiert.

Erfolgsgeschichte /Somaliland/Puntland

Nach über 15 Jahren konnte das Engagement der Schweiz zugunsten der UNO in Somaliland und Puntland per Ende Januar 2015 erfolgreich beendet werden. Mit der langjährigen Entsendung von Experten in den Bereichen Informationsmanagement und Finanzen sowie von Sprengstoffexperten konnte der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ respektive „lokale Verankerung“ umgesetzt und die örtlichen Behörden im Kapazitätsaufbau unterstützt werden. In beiden Provinzen stand deshalb der Aufbau je eines Minenräumzentrums (Mine Action Center) im Vordergrund. Diese sind nun nach Abzug der internationalen Experten in der Lage, die anfallenden Aufgaben der Kampfmittelbeseitigung selbständig auszuführen.



Ein Experte des Kompetenzzentrums Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung der Armee (KAMIR) bei der Ausbildung somaliländischer Sprengstoffexperten.

Konkrete Unterstützungsleistungen der Schweiz wurden u.a. in zwei Trainingskursen im Bereich Kampfmittelbeseitigung vor Ort erbracht. Die Kurse wurden von Experten des Kompetenzzentrums Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung der Armee durchgeführt. Mit diesen gezielten temporären Inputs wurden 36 Spezialistinnen und Spezialisten vor Ort ausgebildet.

Somit wurde mit geduldiger Aufbauarbeit ein erstes Ziel, die Schaffung lokaler Kapazitäten und die lokale Verankerung der Minenräumzentren, erreicht. Die lokalen Zentren sind nun gefordert, die aufgebauten Fähigkeiten zu pflegen und weiterzugeben und die begonnene Arbeit nachhaltig fortzuführen.

2.3. Die Schweiz verstärkt die Integration und die Synergien der humanitären Minenräumung mit anderen Politikbereichen. Zudem werden Monitoring und Evaluationsinstrumente entwickelt, um die Wirkung der Aktivitäten besser sichtbar machen zu können;

Die Schweiz konzentriert ihre Engagements im Kampf gegen Personenminen und explosive Kriegsmunitionsrückstände auf Länder, in denen Synergien mit der Humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit oder der zivilen und militärischen Friedensförderung erzielt werden können. Damit werden Komplementaritäten geschaffen, wie zum Beispiel mit Projekten der ländlichen Entwicklung, der Ernährungssicherheit oder dem Schutz der Zivilbevölkerung. Entsprechend werden die in der Minenstrategie des Bundes verankerten Anliegen in anderen thematischen oder geographischen Strategien gespiegelt und verstärkt.

Die Schweiz ist sich bewusst, dass das gewinnbringende Monitoring und die Evaluation von Anstrengungen in der humanitären Minenräumung zu den grossen Herausforderungen für die in diesem Bereich aktive internationale Gemeinschaft gehören. Die Schweiz steht deshalb im regelmässigen Austausch mit internationalen Partnern wie der UNO und der Zivilgesellschaft, um gemeinsam effiziente und wirkungsvolle Instrumente für das Monitoring und die Evaluation von Minenprogrammen zu entwickeln. Selbstverständlich werden die unterstützten Minenprojekte bereits heute im üblichen Rahmen verfolgt, es stellen sich jedoch immer wieder spezifische und methodologische Fragen, wie die Wirkung der Engagements noch sachbezogener erfolgen kann, damit daraus auch die entsprechenden Lehren gezogen werden können.

Im Hinblick auf die Revision der Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung und einer nachfolgenden Strategie für die Legislaturperiode 2016-2019 wurde im Herbst 2014 die Evaluation der heute gültigen Strategie angestossen. Die Evaluationsresultate werden in die Erarbeitung der neuen Strategie fliessen.

2.4. Die Schweiz trägt im Einklang mit den nationalen Interessen proaktiv zur Entwicklung von neuen Instrumenten, Politiken und Aktivitäten bei, um neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an laufenden Debatten, sei dies auf politischer Ebene im Rahmen der Übereinkommen, sei dies auf operationeller Ebene. Durch den namhaften Beitrag der Schweiz an das GICHD werden die internationalen Standards für die Aktivitäten in diesem Bereich ebenso gefördert, wie die weitere Forschung und Entwicklung von neuen Technologien und Methoden für noch effizientere Projekte und Programme. Dies gilt nicht nur für die Entminung selbst, sondern auch für andere Bereiche, wie zum Beispiel die Opferhilfe.

3. Bilanz und Schlussfolgerung

Im Berichtsjahr wurden weitere Fortschritte in der Erreichung der in der Strategie des Bundes für humanitäre Minenräumung 2012 - 2015 festgelegten Ziele gemacht; die Ausrichtung der Schweizer Politik in der humanitären Minenräumung und ihrer operationellen Umsetzung hat sich bewährt. Dabei sind folgende Punkte besonders hervorzuheben:

- Die Schweiz hat im Rahmen ihrer politischen Bemühungen zum Erfolg der Dritten Überprüfungskonferenz zum Personenminenübereinkommen im Juni 2014 in Mosambik beigetragen. Damit hat sich die Schweiz weiterhin als engagierte und zuverlässige Partnerin im Kampf für eine minenfreie Welt erwiesen. Sie nimmt aber auch mit einer gewissen Besorgnis Anzeichen einer nachlassenden Dynamik und von Ermüdungserscheinungen in der humanitären Minenräumung wahr. So gehört die Schweiz heute unter anderem noch zu den wenigen Staaten, welche auch in jüngster Zeit ihre finanziellen Beiträge generell auf gleichem Niveau halten konnten bzw. teilweise leicht ausbauen konnten. Für 2015 gilt es, das Thema auf der internationalen Agenda zu behalten, rückläufigen Tendenzen in politischen und finanziellen Engagements entgegenzuwirken und damit mit einem ganzheitlichen und wirkungsvollen Ansatz zu einer Welt ohne Personenminen, Streumunition und anderen explosiven Kriegsmunitionsrückständen beizutragen.
- Mit ihrer Politikarbeit trägt die Schweiz aktiv zur Universalisierung der völkerrechtlichen Instrumente bei; die jüngsten Konflikte in verschiedenen Ländern und Regionen zeigen, dass diesbezüglich noch viel Handlungsbedarf besteht. Die Politikarbeit der Schweiz unterstützt weiter die Stärkung des institutionellen Rahmens und die pragmatischen Umsetzung von Vertragsverpflichtungen bei. Dabei spielt der Standort Genf als Kompetenzzentrum für Abrüstungsfragen weiterhin eine zentrale Rolle, der mit der Eröffnung des „Maison de la Paix“ im Berichtsjahr zusätzlich gestärkt werden konnte.
- Mit finanziellen Beiträgen sowie der Entsendung von militärischen und zivilen Experten konnten eine Vielzahl von Programmen und Projekten in ausgesuchten betroffenen Ländern unterstützt werden. Mit diesen Engagements werden die Bevölkerung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die Flächen geräumt und die Überlebenden unterstützt. Positiv kann hier der Abschluss des Engagements der Schweizer Armee zugunsten des UNO-Minenräumprogrammes in Somaliland und Puntland gewertet werden. Dabei wurden vor Ort lokale Kapazitäten aufgebaut, mit denen die Minenräumzentren der beiden Provinzen in der Lage sind, ihren Auftrag selbständig fortzuführen.
- Mit der finanziellen und politischen Unterstützung des Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung in Genf (GICHD) sowie der Durchführung von Aus- und Weiterbildungskursen leistet die Schweiz einen namhaften Beitrag an die Bestrebungen, die Humanitäre Minenräumung schneller, billiger, sicherer und wirkungsvoller durchführen zu können.